RESOLUTION

des Gemeinderates der Gemeinde Inzersdorf im Kremstal in seiner Sitzung am 30. September 2014

an den Nationalrat und die Bundesregierung

Betreff: Offenlegung der Verhandlungsdokumente zu den transnationalen Handels- und Investitionsabkommen

- **TTIP** (Transatlantic Trade and Investment Partnership) – EU/USA
- **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement) – EU/Kanada
- **TiSA** (Trades in Services Agreement) multilaterales Dienstleistungsabkommen

Bei den derzeit verhandelten oben angeführten Freihandelsabkommen handelt es sich um eine „neue Generation" von bi- und multinationalen Handelsverträgen die eine Machtverschiebung zum Ziel haben, weg von demokratisch gewählten Politikern, hin zu multinationalen Konzernen. Diese Art von Verträgen stellt einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar.
Die TTIP-Verhandlungen finden bezeichnenderweise hinter verschlossenen Türen statt, die Verhandlungsdokumente sind geheim. Nationale Parlamente und die Zivilgesellschaft sind nicht eingebunden und werden nur bruchstückhaft informiert. Demgegenüber haben mehr als 95 % der Gespräche im Vorfeld der Verhandlungen mit VertreterInnen von Großkonzernen und deren Lobbys stattgefunden.

Besonders bedrohlich: **Investitionsschutz für Konzerne**
Internationale Konzerne erhalten ein **Sonderklagerecht** gegen demokratisch beschlossene Gesetze und behördliche Auflagen. Da sogar Beschlüsse von Gemeinden Anlass für solche Klagen sein können, würde dies dazu führen, dass wir uns in vorauseilendem Gehorsam, bei jedem unserer Beschlüsse überlegen müssten, ob sie eventuell die Gewinnerwartung eines Konzerns schmälern würden und somit eine Klage gegen den Staat nach sich ziehen könnten.
Auf Basis bestehender Investitionsschutzabkommen ist in den letzten Jahren die Anzahl der Investoren- Klagen gegen Staaten sprunghaft angestiegen, mit eingeklagten Schadenssummen die kommunale Jahresbudgets weit übersteigen. Wie vieler solcher Klagen kann sich ein Staat, eine Stadt oder eine Gemeinde leisten? Solche Eingriffe in unsere kommunale Entscheidungshoheit lehnen wir daher entschieden ab.

Weitere Bedrohungen stellen diese Abkommen auch für folgende Bereiche dar:

- **Kommunale Daseinsvorsorge**, z.B. Wasserversorgung, Abwasserentsorgung oder Energie
- **Öffentliches Beschaffungswesen** – mittelständische Unternehmen vor Ort dürften nicht mehr bevorzugt werden.
- **Dienstleistungssektor** (Bauwesen, Transportwesen, Gesundheit, soziale Dienstleistungen ...) – immer mehr Bereiche des öffentlichen Dienstleistungssektors werden zum „allgemeinen wirtschaftlichen Interesse" deklariert. Das Gemeinwohl muss aber in diesen sensiblen Bereichen weiterhin im Vordergrund stehen.

Trotz den bereits seit Monaten breiten Bürgerinitiativen gegen die angesprochenen Abkommen laufen die Verhandlungen geheim weiter. Der CETA-Vertragstext mit 1.500 Seiten in englischer Juristensprache wurde am 5. August den Nationalratsabgeordneten übermittelt. Die berechtigten Einwände und Sorgen der BürgerInnen in Österreich, in ganz Europa, in Kanada und den USA, führen zu zunehmenden Protesten. Die EU-Kommission hat aber bis jetzt auf diese nicht gehört und bleibt weiter bei ihrer sturen Haltung zugunsten der Konzerne.

Zusammenfassend fordern wir daher:

- Eine Stellungnahme aller Ministerien über die Auswirkungen von TTIP/CETA/TiSA
- Eine Stellungnahme des Gemeindebundes über den vorliegenden CETA-Vertrag
- Eine parlamentarische Enquete über diese Abkommen, insbesondere über Klagerechte für Konzerne
- Die Offenlegung aller verhandlungsrelevanten Dokumente
- Das Aussetzen der Verhandlungen, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt
- Eine begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Vertragsinhalten im österreichischen und europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Daher fordern wir die VertreterInnen des österr. Nationalrates und der österr. Bundesregierung auf, sich im Europäischen Rat für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente und einen demokratischen Verhandlungsprozess einzusetzen, in dem neben dem Europäischen Parlament nationale Parlamente und die Zivilgesellschaft eingebunden sind.

- Einstimmiger Beschluss des Gemeinderates Inzersdorf im Kremstal

Inzersdorf, 30.09.2014

Der Bürgermeister:

Gemeindeamt Pol. Bez. Kirchdorf a.d. Krems Inzersdorf im Kremstal

Bernhard Winkler-Ebner, MBA

Nationalratspräsidentin der Republik Österreich SPÖ
Frau Doris Bures
Parlament
Dr.Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

2.Nationalratspräsident der Republik Österreich ÖVP
Herrn Karlheinz Kopf
Parlament
Dr.Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

3.Nationalratspräsident der Republik Österreich FPÖ
Herrn Ing.Norbert Hofer
Parlament
Dr.Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Herrn
Bundeskanzler
Werner Faymann
Ballhausplatz 2
1014 Wien

Herrn
Bundesminister Sebastian Kurz
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Minoritenplatz 8
1014 Wien

Herrn
Bundesminister
Dr.Hans-Jörg Schelling
Bundesministerium für Finanzen
Johannesgasse 5
1010 Wien

Frau
Bundesministerin
Sabine Oberhauser
Bundesministerium für Gesundheit
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Frau
Bundesministerin
Mag[a].Johanna Mikl-Leitner
Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7
1014 Wien

Herrn
Bundesminister
Univ.-Prof.Dr.Wolfgang Brandstetter
Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Herrn
Bundesminister
Mag.Gerald Klug
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Herrn
Bundesminister
DI Andrä Rupprechter
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft
Stubenring 1
1012 Wien

Herrn
Bundesminister
Rudolf Hundstorfer
Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Frau
Bundesministerin
Dr.Gabriele Heinisch-Hosek
Bundesministerium für Bildung und Frauen
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Herrn
Bundesminister
Alois Stöger
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Radetzkystraße 2
1031 Wien 1000 Wien

Herrn
Bundesminister
Dr.Reinhold Mitterlehner
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
Stubenring 1
1010 Wien

Frau
Bundesministerin
MMag.Dr.Sophie Karmasin
Bundesministerium für Familien und Jugend
Stubenring 1 Hintere Zollamtsstraße 2b
1011 Wien 1030 Wien

Bundesminister
Dr. Josef Ostermayer
Bundesministerium für
Kunst und Kultur, Verfassung
und Medien
Minoritenplatz 3 1010 Wien

ALLE: Parlament
Dr.Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten
Herrn Klubvorsitzenden Mag.Andreas Schieder

Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Herrn Klubobmann Dr.Reinhold Lopatka

Der Grüne Klub
Frau Obfrau Dr.Eva Glawischnig-Piesczek

Freiheitlicher Parlamentsklub
Herrn Klubobmann Heinz Christian Strache

Parlamentsklub NEOS
Herrn Klubobmann Mag.Dr.Matthias Strolz

Parlamentsklub Team Stronach
Frau Klubobfrau Dr.Kathrin Nachbaur